

OLAF GRIEBENOW

Volksuni 2000. Die Werkstatt vom 14./15. Januar

Olaf Griebenow – Jg. 1970,
Jurist, promoviert zur Zeit
an der Humboldt Universität
in Berlin zur Europäischen
Innen- und Justizpolitik

Die Volksuni hat sich zurückgemeldet und den offenen Dialog über die eigene Zukunft gesucht. Nachdem das traditionelle Projekt mit fehlender Resonanz und Beteiligung zu kämpfen hatte, wurde nun eine Werkstatt organisiert, um die politischen Rahmenbedingungen für radikalreformerische, emanzipatorische Projekte zu diskutieren und die eigene Position zu bestimmen. »Die Politik der Neuen Mitte und die Alternativen zur passiven Reform« waren das Thema der Veranstaltung. Zur Erläuterung des Themas und einer ersten Einstimmung fand am Freitagabend eine Podiumsdiskussion statt. Insbesondere stand zur Frage, inwieweit es sich bei der Neuen Mitte um ein neues Politikkonzept und nicht um die Überschätzung einer Werbestrategie handele. Doch unabhängig von der sehr unterschiedlichen Herangehensweise herrschte in einer lebhaften und ergiebigen Diskussion folgender Konsens: Die Politik der rot-grünen Koalition ist die Fortsetzung der neoliberalen Politik ihrer Vorgänger. Die Hoffnung auf eine Reformpolitik unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde enttäuscht. Die Überschätzung nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit sowie die Konzeptlosigkeit und inhaltliche Schwäche des Koalitionsvertrages führten zu der enttäuschenden und fast zufälligen Regierungspolitik. Jedoch genauso deutlich wurden die Mobilisierungsschwäche und das Fehlen eines solidarischen Kampfes der Linken konstatiert. Die größte Stärke der Neoliberalen ist die Schwäche der emanzipativen Kräfte, eine Schwäche, mit der auch gerade die Volksuni zu kämpfen hat. Leider fehlte eine inhaltliche Beschreibung dessen, was Neoliberalismus eigentlich bedeutet. Neoliberalismus ersetzt so Begriffe wie Kapitalismus und Faschismus und meint ganz pauschal den politischen Gegner. Mit dieser Pauschalität läßt sich zwar gut argumentieren, aber für eine Analyse der tatsächlichen Kräfteverhältnisse genügt es nicht.

Der Konsens vom Vorabend war die Grundlage für die Diskussionen des folgenden Tages. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am nächsten Tag fast alle wieder und teilten sich auf verschiedene Arbeitsgruppen auf. So konnten in kleineren Zusammenhängen (zwanzig Personen) mit Hilfe von Impulsreferaten die Bedingungen der Arbeitswelt, der Kultur und der Politik vertieft debattiert werden.

Mit Unterstützung und Teilnahme von VertreterInnen der ArbeiterInnen und Erwerbslosen, von WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und Mitgliedern aller im Bundestag vertretenen linken

Parteien wurden einige Fragen und Aspekte des Vorabends wieder aufgegriffen und diskutiert. Die Aufteilung erwies sich als sinnvoll, da sich so trotz des komplexen Themas die zentralen Fragen diskutieren ließen. Die Veränderungen in der Arbeitswelt haben die soziologische Zusammensetzung der Gesellschaft verändert und die Schwächen der bisherigen Politik lassen sich besonders gut an der Situation des Arbeitsmarktes aufzeigen. Im Kulturbereich wurden die Diskurse an den Auswirkungen von Individualisierung und Privatisierung orientiert, so z.B. der Verlust der öffentlichen Räume oder die Assimilation des Anderen, des Fremden als Hintergrund für eine unpolitische Spaßkultur. Die dritte Gruppe setzte sich mit der Entwicklung der Parteiendemokratie auseinander. Es wurden verschiedene Programme von der Gestaltung der Arbeitswelt bis zur internationalen Transformation der Sozialsysteme diskutiert. Leider fehlte am Abend der Versuch, die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen zusammenzuführen und auszuwerten. So wurde die sinnvolle Aufteilung nicht genutzt, um abschließend zu einem Gesamtbild zu kommen und ein Ergebnis zu formulieren. So läßt sich als Beobachter nur folgendes zusammenfassen:

Zentrales Thema waren die Veränderungen und Probleme in der Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit als fremdbezahlte Tätigkeit definiert wird. Weite Teile der Bevölkerung werden von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen und/oder in Niedriglohnssektoren und in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt. Die in festen Arbeitsverhältnissen Organisierten werden durch den Druck der Arbeitsmarktsituation zur Lohnenthaltung gedrängt, und die Nichterwerbstätigkeit wird mit der Kürzung der finanziellen Grundlage sanktioniert. Arbeitszwang ist ein wichtiger Aspekt der Politik der Neuen Mitte. Die Menschen sollen wieder Steuerzahler werden oder zumindest geringere Kosten verursachen. Ein eigenes Konzept zur Schaffung von Arbeitsplätzen außer den neoliberalen Gemeinplätzen von Wachstum und Technologie fehlt/e der rot-grünen Koalition und wurde nach außen an ein Bündnis für Arbeit delegiert. Die Politik sollte die Wirtschaft doch mit den schwächer gewordenen Gewerkschaften selbst aushandeln. So ließe sich eine öffentliche Auseinandersetzung um Einschnitte in die Situation der arbeitenden Bevölkerung vermeiden und sogar als gesellschaftlichen Konsens und damit als Notwendigkeit darstellen und durchsetzen.

Da die Veränderungen in der Arbeitswelt vielfach mit dem Druck der Globalisierung gerechtfertigt werden, ist öffentlich zu machen, daß nur 20 Prozent der Produktivität durch transnationale Konzerne erbracht werden. Denn das Aufrechterhalten des Mythos Globalisierung verhindert, daß die nationalstaatlichen Handlungsmöglichkeiten gegenüber der Kapitaleseite genutzt werden. Ein Konzept für eine neue Arbeitsgesellschaft, die sich an Forderungen wie Emanzipation und Nachhaltigkeit orientiert, wäre eine Aufgabe für eine außerparlamentarische Opposition. Hieraus könnte sich ein neuer Gesellschaftsvertrag ergeben, der den Begriff des Konsens wirklich verdient. Zentrale Begriffe waren hierzu Teilzeit, geringere Wochenarbeitszeit, ein Existenzgeld für erwerbslose Menschen und vor allem ein neuer Arbeitsbegriff, der auch unbezahlte Tätigkeiten bei der Reproduktion umfaßt.

Als politischen Rückhalt setzt die Neue Mitte auf Gewinner des Umbaus der Arbeitsgesellschaft, hierbei profitiert sie von einer stabilen Mittelschicht, die in ihrer Struktur zwar nicht homogen ist, aber gute Zukunftsperspektiven hat und eine Politik erwartet, die ihre Situation schützt. Die Individualisierung und die Profitierungsmöglichkeiten von neuer Technik haben ein großes Potential von sogenannten Leistungsbereiten hervorgebracht, die staatliche Regulierung und Gewerkschaftspolitik als Begrenzung von persönlicher und unternehmerischer Freiheit sehen. Diese gesellschaftliche Gruppe ist es vor allem, die den Staat wie ein Unternehmen geführt wissen möchte. Sie erwartet keine Beteiligung an der Demokratie, sondern vielmehr eine Klientelpolitik in ihrem Sinne. Sie erwartet vor allem private vor gesellschaftlicher Verantwortung und fordert allgemein eine hohe Anpassungsbereitschaft der gesellschaftlichen Randgruppen. Risiken sollen durch private Vorsorge aufgefangen werden. Auch die Sozialsysteme sollen sich an ihrer Effizienz und alle Bevölkerungsgruppen an ihrer Produktivität messen lassen.

Nun fehlen nicht inhaltliche Alternativen zur aktuellen Politik, aber was fehlt, ist die Möglichkeit zur Mobilisierung und der Zugang zu den Massenmedien. Unübersehbar ist, daß ein Teil des gesellschaftlichen Wandels eng mit der Entwicklung der Medien zusammenhängt. Diese werden ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nach Vielseitigkeit und kritischer Begleitung der Weltpolitik nicht mehr gerecht. Darstellung findet nur, was sich zur Zeit der Berichterstattung medienwirksam verkaufen läßt. Nachrichten werden zur Ware, und politische Zustimmung wird so von Zufälligkeiten bestimmt. So ist z.B. seit der Medienkonzentration auf die CDU-Affäre um die Parteienfinanzierung die Zustimmung zur Politik der rot-grünen Koalition gestiegen, ohne daß sie politische Erfolge verbuchen kann. Ihre Konzeptlosigkeit findet nur keinen Platz mehr in der Berichterstattung und fällt nicht mehr auf.

Gleichzeitig führt der hohe Informationsfluß zu einer Übersättigung und Verunsicherung der Bevölkerung. Einerseits ist es nicht möglich, alle Informationen entsprechend zu verarbeiten, so daß nur ein diffuses Gefühl von Informiertheit herrscht, andererseits verunsichert dieses diffuse Gefühl bei der Beurteilung der Tagespolitik und fördert so die Delegation von Entscheidungen an die politisch Handelnden.

Diese Stellvertreterpolitik schwächt auch die engagierten Basisgruppen, weil auch ihnen nicht mehr das Vertrauen entgegengebracht wird, die grundsätzlichen Fragen besser beurteilen zu können. Infolge dieser Stimmung sind Menschen leichter erreichbar für Manipulation und Stimmungsmache. Die Medien können das »Volk« derart instrumentalisieren, daß gegensätzliche emotionale Reaktionen miteinander vereinbar sind. Beispielhaft ist die medienwirksame Darstellung der Kosovaren als Opfer des Krieges, die trotz aller Ressentiments gegenüber Ausländerinnen und Ausländern, wie sich an der Staatsbürgerschaftsdebatte durch die CDU deutlich manifestierte, eine Spenden- und Aufnahmebereitschaft bewirkte, die mit der allgemeinen Stimmung nicht in Einklang zu bringen ist.

In diese Strukturen läßt sich nur schwer eingreifen. Eine pragmatische Forderung war die, Kommunen und Bezirke mit mehr Entscheidungshoheit und finanziellen Mitteln auszustatten. So könnten die Menschen vor Ort ihre unmittelbaren Lebensverhältnisse selber gestalten. Alternative Projekte hätten im lokalen Rahmen bessere Durchsetzungsmöglichkeiten, und Engagement würde wieder unmittelbare Erfolge zeigen. Die stärkeren Partizipationsmöglichkeiten des Bürgers würden sein/ihr politisches Interesse bzw. den Willen zur Teilhabe an der Zivilgesellschaft steigern. Diese Entwicklung würde das Interesse der Medien geradezu herausfordern.

Dies soll als Skizzierung der Diskussionen genügen, da eigentliches Ziel der Veranstaltung die Entwicklung einer Zukunftsperspektive für die Volksuni war. Dies kam in jedem Fall zu kurz, es wurde zwar während der gesamten Veranstaltung Bedauern über einen möglichen Verlust der Volksuni geäußert und Vorschläge für mögliche Aufgabenbereiche gemacht, aber im Programm wurde nur mit der Abschlußveranstaltung darauf eingegangen. Allgemeiner Konsens war, das grundsätzliche Konzept beizubehalten, d.h. die Volksuni soll sich als Verbindungsglied zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen verstehen und Diskurse anregen. Gefordert wurde aber ein Gesamtkonzept, das sich in einem Netzwerk zwischen in Berlin handelnden Basisgruppen, zwischen den Kulturen in einer multikulturellen Stadt oder zwischen Menschen aus Ost und West in einem erweiterten Europa widerspiegeln könnte. Kritik wurde auch an der Form der Darstellung laut, hierzu kam der Vorschlag, sich als Parlament außerparlamentarischer Gruppen darzustellen und hieraus Einfluß auf Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Nach dieser Veranstaltung ist die Zukunft der Volksuni wieder offen, denn der Bedarf an besserer Koordinierung und inhaltlichen Debatten innerhalb der Linken war unbestritten. Inwieweit es den Initiatoren jedoch gelingt, mit der Volksuni diese Lücke zu füllen, wird sich noch zeigen müssen. Der Ansatz, sich selbst zu diskutieren, war sehr richtig, nur müssen jetzt die Vorschläge auch ernst genommen werden. Leider blieb die Veranstaltung ohne greifbares Ergebnis. Dieses Defizit hat die Volksuni schon in der Vergangenheit zu etwas Beliebigem gemacht. Es fehlen eine eigene Position und eine Utopie, die Berechenbarkeit und zielorientiertes Arbeiten zur Folge hätten. Trotz aller Kritik wird der Volksuni die Aufgabe, sich neu darzustellen, zugetraut. Entscheidend für einen Erfolg wird die Mobilisierungskraft der Volksuni selbst sein.